

Die Schweiz wehrt sich gegen die hohen Stahlzölle der EU

Der Konflikt kommt innenpolitisch zu einem ungünstigen Zeitpunkt

DANIEL IMWINKELRIED, BRÜSSEL

Der Protektionismus breitet sich im Welthandel aus, und er beeinflusst nun auch die Beziehung der Schweiz zur EU. Am Donnerstag hat der gemischte Ausschuss, den die beiden Parteien zum Freihandelsabkommen geschaffen haben, in Brüssel ein ausserordentliches Treffen abgehalten. Beantragt hat es die Schweiz. Auslöser waren Schutzmassnahmen, welche die EU jüngst für die Stahlindustrie ihrer Mitgliedsländer bekanntgegeben hat. Wahrscheinlich werden sie auch die Exportmöglichkeiten von Schweizer Firmen beeinträchtigen. Beim Bundesrat hat das offenbar Befremden ausgelöst.

Massive Verschärfung

Seit Jahren beschwerten sich Europas Hersteller von Stahl, dass vom Werkstoff global zu viel produziert werde, was die Preise drücke. Zurückzuführen ist das Überangebot auch auf Subventionen, die viele Staaten den Produzenten gewähren. Die meisten grossen Länder erachten Stahl als strategisch wichtig, weil er in vielen Industrien Verwendung findet und für die Rüstungsproduktion unerlässlich ist. Auch die EU will auf die Stahlproduktion auf keinen Fall verzichten. Um den Sektor zu schützen, möchte die Kommission ab Ende Juni einen Zoll

von 50 Prozent einführen. Er wird fällig, sobald in einem Jahr 18,3 Millionen Tonnen in die EU importiert worden sind.

Im Vergleich mit dem herrschenden Schutzregime ist das eine massive Verschärfung. Derzeit gilt ein Zoll von 25 Prozent, wenn in der EU ein Importkontingent von 34,5 Millionen Tonnen ausgeschöpft ist. Von der Quote und dem Zoll verschont werden allerdings die drei Efta-Länder Norwegen, Liechtenstein und Island, die Teil des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) sind.

Die Schweiz verlangt nun von der EU, wie diese drei Staaten behandelt zu werden. Als Begründung verweist sie auf das Freihandelsabkommen von 1972 und die bilateralen Verträge, dank denen die Schweiz partiell zum EU-Binnenmarkt gehört. Laut dieser Interpretation ist sie nicht bloss irgendein Drittstaat, sondern vertraglich eng mit der EU verflochten. Zudem argumentiert die Schweiz, dass die Stahlfirmen des Landes nicht zu den globalen Überkapazitäten beitragen und die EU mit ihrer Massnahme Lieferketten in Europa beeinträchtigt.

Unzufrieden ist die Schweiz aber nicht nur wegen der Eingriffe, welche die EU im Stahlbereich plant. Der Staatenbund hat nämlich bereits im November auch Schutzmassnahmen für Eisenlegierungen eingeführt. Diesen unterliegen auch die drei Efta-Staaten, was beson-

ders in Norwegen Proteste ausgelöst hat. Die Schweiz möchte von diesen Schutzmassnahmen ebenfalls verschont bleiben.

Ökonomisch hat Stahl für die Schweiz zwar wenig Bedeutung. Der Wert der Exporte heimischer Firmen in die EU betrug 2024 nur 700 Millionen Franken. Sie waren zudem rückläufig, denn 2021 hatten sie noch bei 1 Milliarde Franken gelegen. Aussagen von Vertretern der Schweizer Verwaltung lassen aber darauf schliessen, dass es ihr auch um das Prinzip geht. Die Markteingriffe schafften Präzedenzfälle, heisst es. Demnach könnte die EU in Versuchung geraten, für weitere Industrien Schutzmassnahmen zu beschliessen, wenn sie beim Stahl damit durchkommt.

Belastung für EU-Verträge

Auch innenpolitisch ist das Thema für die Schweiz heikel. Wohl noch im Frühjahr wird der Bundesrat die Botschaft zum neuen Vertragswerk mit der EU publizieren. Am Schluss wird es eine Volksabstimmung geben. Das Abkommen ist umstritten, und die Massnahmen der EU könnten den Kritikern Auftrieb geben. Ein Einwand wäre dabei etwa: Die Schweiz schliesse mit der EU Verträge ab und mache Zugeständnisse, wisse dann aber nicht, ob sich die EU an den Geist der Abkommen halte.